

Borrmann, Axel

Article — Digitized Version

## Afrika: konsequente Politik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Borrmann, Axel (2000) : Afrika: konsequente Politik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 80, Iss. 4, pp. 196

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/40584>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Unter der Schirmherrschaft der OAU und der EU fand vom 3. bis 4. April 2000 in Kairo nach langjährigem, zähen Ringen um Themen und Teilnehmer das erste europäisch-afrikanische Gipfeltreffen statt. Trotz hoffnungsvoller Anzeichen in zahlreichen Ländern steckt Afrika weiterhin in einer tiefen Armutskrise. Besonders von Europa erwarten die Afrikaner massive Hilfen, um akute Notlagen zu lindern und endlich eine nachhaltige positive Entwicklung anzustoßen. Hinzu kommt ihre Sorge, die europäischen Dialoge mit Asien und Lateinamerika könnten ohne ein euro-afrikanisches Pendant ihre seit Jahrzehnten bestehende Vorzugsstellung in der EU-Hierarchie der handelspolitischen Präferenzen, Finanzhilfen und sonstigen Kooperationsvereinbarungen gefährden.

Die meisten EU-Länder hingegen standen dem afrikanischen Ansinnen, einen eigenen Gipfel-Dialog zu beginnen, wenig enthusiastisch gegenüber. Das erst kürzlich verlängerte AKP-Vertragswerk, die EUROMED-Abkommen sowie der Freihandels- und Kooperationsvertrag mit Südafrika regeln die Beziehungen umfassend und sind – wie die jüngste Schuldeninitiative – mit beachtlichen finanziellen Verpflichtungen verbunden. Die EU befürchtete durch den Gipfel von Kairo zusätzliche Belastungen – und dies nicht ohne Grund.

Viele afrikanische Staaten sehen sich nach wie vor als Opfer alter und neuer Formen des Kolonialismus und der Globalisierung und erwarten ein entsprechendes Engagement der Europäer. Libyens Revolutionsführer Gaddafi, der in Kairo seinen ersten EU-Kontakt nach Aufhebung der UN-Sanktionen hatte, bestärkte sie mit einer aggressiven Rede in dieser Haltung. Für die Europäer sind hingegen primär Misswirtschaft und Reformunwilligkeit für die gegenwärtige Krise verantwortlich. Sie rückten



**Axel Borrmann**

## **Afrika: Konsequente Politik**

daher die Eigenanstrengungen der Afrikaner in den Mittelpunkt und pochten auf Good Governance, auf die Einhaltung der Menschen- und Minderheitsrechte, auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Korruptions- und Krisenbekämpfung.

Die Afrikaner reagierten zunächst schroff mit dem Hinweis, dass sie von ihren ehemaligen Kolonialherren keine Nachhilfe in Demokratie benötigten. Sie willigten dann jedoch ein, diese und zahlreiche andere politische „essentials“ in den Aktionsplan aufzunehmen. Dort nahmen sie schließlich über ein Viertel des gesamten Textes ein. Die Akzeptanz dieser „essentials“ gehört zu den bemerkenswertesten Ergebnissen der Kairoer Konferenz. Der Aktionsplan enthält – wie schon das AKP-Abkommen – eine deutliche Botschaft an diejenigen Länder, die sich bisher als reformunwillig erwiesen haben: Kooperation mit der EU wird es zukünftig zunehmend selektiv unter der Bedingung sichtbarer Eigenanstrengungen geben. Die Botschaft ermutigt aber auch die Länder, die in jüngster Zeit bemerkenswerte Fortschritte auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erzielen konnten und von der EU verstärkte Hilfe erwarten können.

Die Geber beginnen spät die Konsequenz aus der alten Erkennt-

nis zu ziehen, dass Entwicklungshilfe nur in einem positiven politischen und institutionellen Umfeld wirksam sein kann. Ein Beispiel ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, die bereits seit einigen Jahren ihre Hilfe an die Erfüllung solcher „essentials“ knüpft und unter anderem einige afrikanische Länder von der Empfängerliste gestrichen hat. Die jüngste Reise von Außenminister Fischer zu ausschließlich reformorientierten afrikanischen Ländern gehört zu dieser neuen Konsequenz. Auch die Niederlande haben damit begonnen, ihre Entwicklungszusammenarbeit an Good Governance zu binden.

Ein genereller Schuldenerlass hat – trotz starken Drängens der Afrikaner – keinen Eingang in den Aktionsplan von Kairo gefunden. Die meisten Europäer waren dazu ohne Abstimmung mit den USA, den Japanern und den internationalen Finanzinstitutionen nicht bereit. Durch die Zusage des deutschen Bundeskanzlers in Kairo, den Erlass der gesamten öffentlichen Schulden in den Bundestag einzubringen, weicht die Front jedoch auf. Verbündete hat Schröder bisher bei den Franzosen, Italienern und Niederländern gefunden.

Ob vom Kairoer Aktionsplan wichtige Anstöße für Afrikas Weg aus der Krise und für die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit ausgehen können, bleibt offen. Der Plan ist ambitiös, bei den erforderlichen Maßnahmen jedoch vage und unverbindlich. Die vorgesehene biregionale Gruppe hoher Regierungsbeamter sowie die geplanten Ministertagungen werden die in Kairo begründete neue strategische europäisch-afrikanische Partnerschaft inhaltlichen ausfüllen müssen. Bis zum nächsten Gipfeltreffen, das 2003 in Europa stattfinden soll, wird insbesondere die Rollenverteilung zwischen dem jetzt begonnen Dialog und den bereits bestehenden Vertragswerken festzulegen sein.